

---

# Inhalt

Vorwort . . . . .	13
Einleitung . . . . .	15
A. Bedeutung und besondere Schutzbedürftigkeit des digitalen Nachlasses . . . . .	15
I. Die Unvergänglichkeit digitaler Daten . . . . .	15
II. Zugangshürden . . . . .	16
III. Gemengelage vielfältiger Daten . . . . .	18
B. Interessen der Angehörigen und Erben . . . . .	18
C. Rechtliche Probleme . . . . .	19
Kapitel 1: Rechtliche Einordnung der Accounts . . . . .	21
A. Accounts . . . . .	21
I. Begriffsklärung . . . . .	21
II. Sachqualität von Accounts und deren Inhalt . . . . .	22
1. Technische Betrachtungsweise: Software als Sache . . . . .	22
2. Abstrakte Betrachtungsweise: Account als Sache . . . . .	25
3. Auswirkungen auf den digitalen Nachlass . . . . .	26
a) Eigentum iSv § 903 BGB . . . . .	26
b) Virtuelles Eigentum . . . . .	27
c) Besitz . . . . .	28
III. Accounts als Immaterialgüter(rechte) . . . . .	29
1. Inhalt des Accounts . . . . .	30
a) Selbstgenerierte Inhalte . . . . .	30
b) Auswirkungen auf den digitalen Nachlass . . . . .	31
aa) Rechteeinräumung an selbstgenerierten Inhalten . . . . .	31
(1) Vorliegen von AGB . . . . .	32
(2) Wirksame Einbeziehung . . . . .	32
(3) Inhaltskontrolle . . . . .	33
(4) AGB-Kontrolle bei ausländischer Rechtswahl . . . . .	36

(5) Zwischenergebnis . . . . .	37
bb) Unkenntnis des Erben . . . . .	37
cc) (Herausgabe-)Ansprüche aus geistigem Eigentum . . .	37
c) Virtuelle Gegenstände . . . . .	39
aa) Begriffsklärung . . . . .	39
bb) Probleme im digitalen Nachlass . . . . .	40
d) Schlussfolgerung . . . . .	42
2. Account als Immaterialgut oder Immaterialgüterrecht . . .	42
IV. Zusammenfassung . . . . .	44
B. Vertragliche Beziehungen des Nutzers mit dem Provider . . . . .	45
I. Soziale Netzwerke . . . . .	45
II. E-Mail-Accounts . . . . .	46
1. Übermittlung . . . . .	47
2. Speicherung der E-Mails . . . . .	49
III. Spiele-Accounts . . . . .	49
1. Trennung von Softwareerwerb und Nutzungsvertrag . . . .	49
a) Softwareüberlassung . . . . .	50
b) Nutzung der virtuellen Welt . . . . .	51
2. Einheitlicher Vertrag nach der UsedSoft-Entscheidung? . .	51
3. Zwischenergebnis . . . . .	54
IV. Accounts mit online nutzbarem Content . . . . .	55
V. Cloud Computing . . . . .	56
VI. Handelsplattformen . . . . .	57
1. Rein virtuelle Geschäftsmodelle . . . . .	57
a) Vermittlungsdienste . . . . .	57
b) Internet-spezifische Geschäftskonzepte . . . . .	59
2. Gemischt virtuelle Geschäftsmodelle . . . . .	60
VII. Onlinebanking und Bezahlssysteme auf Basis virtueller Konten	61
1. Onlinebanking . . . . .	61
2. Internet-Bezahlssysteme . . . . .	61
a) Möglichkeiten von Internet-Bezahlssystemen . . . . .	61
aa) PayPal . . . . .	61
bb) Click & Buy . . . . .	62
cc) Mobile Payment . . . . .	62
b) Vertragstypologische Einordnung . . . . .	63
VIII. Zusammenfassung . . . . .	64
Kapitel 2: Anwendbares Recht . . . . .	67
A. Verschiedene Ansätze und ihre kollisionsrechtlichen Folgen . . . .	67
I. Erbrecht . . . . .	68
1. Bisherige Rechtslage nach dem deutschen EGBGB . . . . .	68

2. EuErbVO . . . . .	68
II. Immaterialgüterrechte . . . . .	69
III. Persönlichkeitsrechte . . . . .	70
1. Allgemeines Persönlichkeitsrecht . . . . .	70
a) Art. 40 EGBGB . . . . .	70
b) Akzessorische Anknüpfung nach Art. 41 EGBGB . . . . .	72
2. Postmortales Persönlichkeitsrecht . . . . .	73
IV. Vertragsstatut . . . . .	74
1. Rechtswahl, Art. 3 Rom I – VO . . . . .	75
a) AGB der Anbieter . . . . .	76
b) Zwischenergebnis . . . . .	77
2. Schranken der Rechtswahl . . . . .	77
a) Anwendungsvoraussetzungen des Art. 6 Rom I – VO . . . . .	78
aa) Beteiligung eines Verbrauchers und eines Unternehmers . . . . .	78
bb) Erfasste Vertragstypen . . . . .	79
cc) Räumlich-situative Anwendungsvoraussetzungen . . . . .	80
(1) Am Aufenthaltsort ausgeübte Tätigkeit, Art. 6 Abs. 1 lit. a Rom I – VO . . . . .	80
(2) Auf den Aufenthaltsort ausgerichtete Tätigkeit, Art. 6 Abs. 1 lit. b Rom I – VO . . . . .	81
b) Rechtsfolgen . . . . .	82
aa) Verbraucherverträge ohne Rechtswahlklausel, Art. 6 Abs. 1 Rom I – VO . . . . .	82
bb) Verbraucherverträge mit Rechtswahlklausel, Art. 6 Abs. 2 Rom I – VO . . . . .	83
c) Art. 46b EGBGB . . . . .	84
3. Objektive Anknüpfung . . . . .	85
a) Vertragstypen-Anknüpfung . . . . .	85
aa) Begriff der Dienstleistung . . . . .	85
bb) Serveranknüpfung . . . . .	86
b) Auffangregelung (Art. 4 Abs. 2 Rom I – VO) . . . . .	87
c) Hilfsanknüpfung in Art. 4 Abs. 3 und 4 Rom I – VO . . . . .	88
B. Zusammenfassung . . . . .	88
Kapitel 3: Deutsches materielles Recht . . . . .	91
A. Erbrechtliche Beurteilung des digitalen Nachlasses . . . . .	91
I. Ausgangspunkt § 1922 BGB . . . . .	91
1. Vermögensrechtliche und nichtvermögensrechtliche Positionen bzw. höchstpersönliche Rechte . . . . .	91
a) Erbschaft . . . . .	91

aa) Dingliche Rechte . . . . .	92
bb) Vermögenswerte Rechte und Rechtsstellungen . . . . .	93
b) Die nächsten Angehörigen als Wahrnehmungsberechtigte – Regel oder Ausnahme? . .	93
2. Abgrenzungsprobleme bei Ansprüchen der Erben und Angehörigen in der »Offline-Welt« . . . . .	94
a) Das allgemeine und postmortale Persönlichkeitsrecht .	94
b) Geheimhaltungsinteresse . . . . .	98
c) Das Recht der Totenfürsorge . . . . .	98
d) Schweigepflicht . . . . .	98
3. Mitwirkungsbefugnis der Angehörigen? . . . . .	99
II. Übertragung der Rechtslage in die »Online-Welt« . . . . .	100
1. Account als vererbbares Vermögen . . . . .	100
2. Unterscheidung geschäftlicher von privaten digitalen Inhalten . . . . .	102
a) Auswirkungen des Persönlichkeitsschutzes auf die Vererbbbarkeit von Accountdaten . . . . .	102
b) Probleme einer derartigen Unterscheidung . . . . .	105
aa) Klassifizierung des Inhalts . . . . .	105
bb) Praktische Durchsetzung . . . . .	105
(1) Infizierung . . . . .	105
(2) Einschaltung eines neutralen Dritten . . . . .	106
cc) Herleitung eines möglichen Anspruchs der Angehörigen . . . . .	106
c) Stellungnahme . . . . .	108
aa) Persönlichkeitsschutz im Internet – die nächsten Angehörigen als Zugriffsberechtigte? . . . . .	108
(1) Spezifische Gefährdungslage im Internet . . . . .	108
(2) Bedeutung für den digitalen Nachlass . . . . .	111
(3) Rechtliche Würdigung . . . . .	113
bb) Sortierung des Inhalts – praktisch nicht durchsetzbar .	113
cc) Sortierung des Inhalts – rechtlich nicht zu rechtfertigen	115
3. Ergebnis . . . . .	115
B. Zugriff auf Accounts des Verstorbenen . . . . .	116
I. Regelungen in AGB der Provider . . . . .	116
1. Beispiele . . . . .	117
a) GMX und Dropbox – Deaktivierung nach Inaktivitätszeit . . . . .	117
b) Yahoo und eBay . . . . .	117
c) Google . . . . .	118
aa) Zweistufiges Verfahren . . . . .	118

bb) »Inactive Account Manager« . . . . .	118
d) Hotmail . . . . .	119
e) Facebook . . . . .	119
f) iTunes und ähnliche Dienste . . . . .	120
2. Wirksamkeit solcher AGB . . . . .	121
a) Prüfungsmaßstab . . . . .	121
b) Einbeziehungskontrolle . . . . .	122
c) Inhaltskontrolle . . . . .	122
aa) Kündigungsklauseln . . . . .	123
bb) Legitimationsklauseln . . . . .	124
cc) Abwicklung des Nutzungsvertrages . . . . .	126
d) Ergebnis der Inhaltskontrolle . . . . .	128
II. Individuelle Handlungsanweisungen des Erblassers . . . . .	128
III. Berechtigung des Erben zum Zugriff auf den Account auch ohne eine entsprechende Verfügung des Nutzers . . . . .	129
IV. Rechtsverletzung bei Zugriffsgewährung durch den Provider? .	130
1. Sachlich anwendbares Datenschutzrecht . . . . .	131
a) TKG . . . . .	131
b) TMG . . . . .	132
c) Datenschutz Verstorbener . . . . .	134
2. Dreh- und Angelpunkt: das Fernmeldegeheimnis . . . . .	135
a) Schutzbereich des § 88 TKG . . . . .	135
b) Kein Verstoß gegen das Fernmeldegeheimnis . . . . .	137
aa) Weitergabe im »für die geschäftsmäßige Erbringung der Telekommunikationsdienste [...] erforderlichen Maß« . . . . .	137
bb) Einwilligung des Absenders? . . . . .	139
cc) Vergleich mit der analogen Welt – Das Brief- und Postgeheimnis . . . . .	140
(1) § 39 PostG . . . . .	140
(2) Verfügungsbefugnis des Absenders . . . . .	142
3. Auswirkungen auf den digitalen Nachlass . . . . .	143
V. Legitimation des Erben . . . . .	146
C. Zusammenfassung . . . . .	147
Kapitel 4: Gestaltungsmöglichkeiten . . . . .	149
A. Testament . . . . .	149
B. Ausgestaltung der Nutzungsverträge . . . . .	151
I. Vorüberlegung . . . . .	151
II. Nachlassregelung als Service: Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall . . . . .	152

III.	Ausgestaltung der Verträge als höchstpersönliche Rechtsgeschäfte . . . . .	155
IV.	Gestaltung der Verträge unter einer auflösenden Befristung . .	157
V.	Formulierungsvorschläge für AGB: Verfahren im Todesfall . .	159
VI.	Ergebnis . . . . .	160
C.	Dogmatischer Ansatz: »Vererbung« des postmortalen Persönlichkeitsrechts . . . . .	161
I.	Vererbung des Urheberrechts als einheitliches Ganzes . . . . .	161
II.	Dualismus des postmortalen allgemeinen Persönlichkeitsrechts . . . . .	162
III.	Abweichende Entscheidungen . . . . .	162
IV.	Übertragung des monistischen Lösungsansatzes? . . . . .	163
	1. Kritik am Dualismus . . . . .	164
	2. Der Angehörigenstatus und das postmortale Persönlichkeitsrecht . . . . .	165
	3. Der Wandel der Gesellschaft . . . . .	166
V.	Ergebnis . . . . .	166
D.	Vorschläge de lege ferende . . . . .	167
	Ergebnisse . . . . .	169
	Literaturverzeichnis . . . . .	175
	Anhang . . . . .	191